

Z+ Bundestagswahl

"Politiker wie Merz müssten den Mut haben, in den Abgrund zu blicken"

KI, Klimawandel, Kollaps: Die Welt steht vor einem Zusammenbruch der Ordnung, sagt der Organisationsforscher Ayad Al-Ani. Für Deutschland sieht er aber noch Chancen.

Interview: [Tina Groll](#)

23. Februar 2025, 6:24 Uhr



Dieser Artikel wurde Ihnen geschenkt

Dieser Z+ Artikel wurde Ihnen geschenkt. Sie möchten auch weitere Z+ Artikel lesen? Dann testen Sie unser Digital-Abo jetzt 4 Wochen lang kostenlos.

4 WOCHEN TESTEN



Der Organisationsforscher Ayad Al-Ani sieht die USA auf dem Weg zu einer globalen Technokratie, von der Deutschland abhängig werden könnte. © Gordon Welters

Der Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Ayad Al-Ani beschreibt in einem neuen Essay, wie sich die Weltordnung durch den Zusammenbruch der westlichen Demokratien in den kommenden 30 Jahren radikal verändern könnte. Klimawandel, Massenmigration, KI-Revolution: Während China und die USA unter Trump bereits das System umbauten, verharre Europa in alten Handlungsmustern. Was Deutschland unter einer neuen Regierung stattdessen tun müsste, darüber spricht der Zukunftsforscher im Interview.

ZEIT ONLINE: Herr Al-Ani, Sie beschäftigen sich als Organisationsforscher mit der Frage, wie der technologische Fortschritt die politischen und ökonomischen Systeme beeinflusst. In einem neuen Essay beschreiben Sie nun, dass demokratische Institutionen vor einem Zusammenbruch stehen, der in einigen Regionen bereits klar zutage tritt. Was meinen Sie damit?

Ayad Al-Ani: Die aktuelle Situation ist von komplexen, miteinander verflochtenen Dynamiken geprägt. Da ist die Klimakrise mit immer neuen, derzeit noch lokal auftretenden Naturkatastrophen. Dazu kommt das Erstarken der rechtsextremen Parteien weltweit. Zugleich stößt der Kapitalismus an seine Grenzen, weil die Ressourcen knapp werden. Die politischen Systeme müssen sich in dieser Multipolarisierung neu ausrichten.

ZEIT ONLINE: Das heißt?

Al-Ani: Diese Überlagerung führt dazu, dass politische Eliten überfordert sind. Gegenmaßnahmen sind schwer umzusetzen, da das bestehende System bereits instabil ist und sich in verschiedene Richtungen entwickeln kann. Notwendige Maßnahmen müssten dann nicht nur systemkompatible Reformen umfassen, sondern auch tiefgreifende Umgestaltungen. Solche radikalen Veränderungen rufen jedoch in der Bevölkerung Widerstand hervor, wodurch die Instabilität weiter verstärkt wird. Generell lässt sich beobachten,

dass in dieser Lage Entscheidungsträger dazu tendieren, sich an bewährte Ideologien und Paradigmen zu klammern, um vermeintliche Sicherheit zu gewinnen. Für die Bevölkerung wirkt dieses Verhalten jedoch oft wie ein lähmender Stillstand, die Unzufriedenheit wächst und die radikalen Kräfte erstarken noch weiter.

ZEIT ONLINE: Trifft diese Entwicklung aus Ihrer Sicht auch auf Deutschland zu?

Ayad Al-Ani

Der Wirtschafts- und Politikwissenschaftler Ayad Al-Ani lehrte an der Hertie School of Governance in Berlin, er war Partner bei Accenture, Geschäftsführer Accenture Österreich und Rektor an der ESCP Europe Wirtschaftshochschule Berlin. Er ist Professor an der School of Public Leadership der Universität Stellenbosch, Südafrika und ist assoziiertes Mitglied des Einstein Zentrums Digitale Zukunft, Berlin. Al-Ani lebt in Wien und Berlin.

Al-Ani: Wir stehen am Beginn dieser Entwicklung. Die Ampelregierung hatte große Pläne, konnte aber nur wenig umsetzen, auch weil immer neue Krisen dazu kamen [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-12/ampel-aus-polykrise-bundesregierung-5vor8>]. Die Politik verharnt bisher in traditionellen Konfliktmustern. Das erschwert eine effektive Reformpolitik. Das zeigt das Beispiel der Klimapolitik. Derzeit herrscht eine spürbare Ratlosigkeit. Allen ist bewusst, dass eine Wirtschaft mit massiv gestiegenen Energiekosten nicht einfach weitermachen kann wie bisher und ein grundlegender Umbau – auch im Hinblick auf die Anforderungen des Klimaschutzes – unumgänglich ist. Doch dieser Transformationsprozess wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Erst jetzt wird deutlich, dass eine gezielte Industriepolitik nötig ist, um Unternehmen auf dem Weg zur Transformation zu unterstützen, so wie es bereits Länder wie Japan, Frankreich, China und die USA [<https://www.zeit.de/thema/usa>] tun.

ZEIT ONLINE: Deutschland sollte sich an diesen Ländern orientieren? Aber in Frankreich ist die Demokratie auch unter Druck, in Japan regiert eine Minderheitsregierung. In den USA schwächen Trump und Musk die Demokratie – und China [<https://www.zeit.de/thema/china>] ist eine Autokratie.

Al-Ani: All das sind Anzeichen für die Krise. Die bisherige Politik hat einen grundlegenden Umbau der Wirtschaft nicht als ihre zentrale Aufgabe betrachtet und tat sich bereits mit vergleichsweise überschaubaren Vorhaben wie dem Heizungsgesetz schwer. Zur Ratlosigkeit kommen immer mehr Widersprüche hinzu. Überall müssen kurzfristig Lücken gestopft werden: Wie soll aber eine ökologische Wende gelingen, wenn gleichzeitig im öffentlichen Verkehr gespart wird? Für die Bürger entsteht so ein verwirrendes Bild der politischen Maßnahmen.

Ihre Stimmen zum Ampel-Aus



Auf welche Koalition hoffen Sie?

[<https://www.zeit.de/serie/anruf-an-alle>]

Welches Regierungsbündnis würde das Land weiterbringen? Und was am Wahlergebnis macht Ihnen Sorgen? Im Podcast Anruf an alle veröffentlichen wir Ihre Sprachnachrichten zur Bundestagswahl.

Sprachnachricht schicken [<https://web.whatsapp.com/send?phone=+494074305>]

Datenschutz [<https://datenschutz.zeit.de/zon#freshdesk>]

ZEIT ONLINE: Am Sonntag wählen die Menschen in Deutschland eine neue Regierung. Die in Teilen rechtsextreme AfD könnte zweitstärkste Kraft werden. Haben rechtsextreme Parteien überhaupt Lösungen für die Krisen unserer Zeit?

Al-Ani: Man kann beobachten, dass nicht nur in Deutschland dieses Vakuum an Leitbildern, Ideen und Initiativen von diesen Kräften ausgenutzt wird. Sie haben aber keine neuen Ideen im Bereich Wirtschaft und Ökologie, ihre Wirtschaftspolitik ist libertär und rückwärtsgewandt. Aber Parteien wie die AfD können zunächst als Hardliner im Migrationsthema punkten. Bemerkenswert ist, dass diese rückwärtsgewandten Kräfte plötzlich als Partner der Technokratie auftreten und den politischen Stillstand auflösen wollen.

ZEIT ONLINE: Sie meinen etwa die Unterstützung von Elon Musk und US-Vize-Präsident J. D. Vance für die AfD [<https://www.zeit.de/kultur/2025-01/elon-musk-alice-weidel-x-live-gespraech-afd>]?

Al-Ani: Technokratien stützen sich vermehrt auf "Experten" und deren Lösungen, während vom Individuum die Anpassung an diese Vorgaben verlangt wird – ein Ansatz, der immer einen gewissen autoritären Anspruch in sich trägt. Diese Experten werden nicht gewählt, sondern ernannt. Sie verfolgen intellektuelle Werte, keine moralischen. Für Trump ist Musk also ein Experte, auf den er sich verlässt. In dieser Symbiose lassen sich auch rassistische und nationalistische Tendenzen als vermeintlich sachliche Maßnahmen verpacken. Musk und Trump sprechen etwa häufig vom "*common sense*", also vom gesunden Menschenverstand, um damit politische und ideologische Maßnahmen zu verkaufen. Die AfD nutzt eine ähnliche Rhetorik.

ZEIT ONLINE: Am Sonntagabend wird wohl die Union den Umfragen zufolge die Wahl gewinnen und Friedrich Merz [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-0>]

[2/friedrich-merz-union-bundeskanzler-vertrauen](#)] neuer Kanzler werden. Vor welchen Herausforderungen steht er?

Al-Ani: Politiker wie Friedrich Merz müsste den Mut haben, in den Abgrund zu blicken, und tiefgreifende Reformen vorantreiben – etwa den Umbau der Industrie mit Umwelttechnologien oder die Anpassung des Bildungssystems an lebenslanges Lernen, die Weiterentwicklung der Städte nach ökologischen Prinzipien oder den Umbau des Steuersystems. Das geht weit über die Unionspläne für die Migrationspolitik oder Wirtschafts- und Industriepolitik hinaus.

ZEIT ONLINE: Was können mögliche Koalitionspartner ausrichten?

Al-Ani: Die vorliegenden Wahlprogramme aller Parteien erwecken aber den Eindruck, dass keine Partei den Mut hat, solche Reformen zu entwickeln und zu legitimieren. Stattdessen wird vor allem Stabilität und Kontinuität versprochen – eine erstaunliche Haltung angesichts der aktuellen Umbrüche und rasanten technologischen Entwicklungen. Gleichzeitig wächst der Druck aus den USA, amerikanischen Techkonzernen nicht nur wirtschaftlichen Spielraum zu gewähren, sondern ihnen auch politischen Einfluss in Europa [<https://www.zeit.de/thema/europa>] zu ermöglichen. Dahinter steht wohl die Absicht, dass diese gezielt Einfluss auf europäische Gesellschaften ausüben können. In diesem Szenario würde Europa zu einem Satelliten einer globalen Technokratie werden – abhängig und beeinflussbar in zahlreichen Bereichen.

Deutschland könnte bei Quantencomputing führend werden

ZEIT ONLINE: Was ist mit der EU: Welche Strukturen brauchen die westlichen Demokratien, um den von Ihnen skizzierten Wandel zu überleben?

Al-Ani: Demokratische Systeme bieten im Vergleich zu autoritären Strukturen grundsätzlich ein hohes Maß an Stabilität. Warum diese Stabilität jedoch nicht genutzt wird, um tiefgreifende Reformen oder neue Initiativen anzugehen, bleibt oft ein Rätsel – besonders, da die Bevölkerung die Dringlichkeit der aktuellen Lage heute stärker als je zuvor erkennt. Es gibt aber erfolgreiche Beispiele aus der Vergangenheit, die zeigen, was möglich ist: Die sogenannte französisch-deutsche Achse der 1980er- und 1990er-Jahre etwa bewies, dass auf europäischer Ebene bedeutende Fortschritte erzielt werden können. So konnten Politik und Wirtschaft etwa das Luft- und Raumfahrtunternehmen Airbus als gemeinsamen globalen Player aufbauen. Doch davon sind wir heute weit weg.

ZEIT ONLINE: Am ersten Tag seiner Amtszeit hat Trump verkündet, dass die USA eine halbe Billion US-Dollar in die künstliche Intelligenz der Zukunft

investieren werden. China will DeepSeek im Alltag seiner Bürgerinnen und Bürger verankern. Hat Deutschland, hat Europa da überhaupt noch eine Chance?

Al-Ani: Früher oder später werden alle Nationen ihre Regierungsapparate technisieren. China ist derzeit am weitesten. Man wollte oder konnte im Rahmen der marktwirtschaftlichen Reformen dort weder auf konfuzianische Traditionen noch auf den Maoismus zurückgreifen. Stattdessen rückte die Technologie als zentrales Element in den Fokus – als Mittel zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. In den USA zeigt sich mit Musk und anderen Techakteuren ebenso eine enge Verflechtung zwischen staatlichen Strukturen und Technologieunternehmen. Schon zuvor pflegte die US-Verwaltung ein enges Verhältnis zu Techkonzernen, besonders im Verteidigungssektor, wo Fusionen gezielt vorangetrieben wurden, um Finanzierung und Steuerung zu optimieren. Ein ähnlicher Prozess könnte nun auch im Bereich künstlicher Intelligenz stattfinden, bei dem sich die Anbieterlandschaft auf wenige Akteure konzentriert, die direkt in staatliche Strukturen eingebunden werden und den Trumpismus in eine Technokratie transformieren.

ZEIT ONLINE: Also ist das Wettrennen um die Vorherrschaft bei den Zukunftstechnologien entschieden?

Al-Ani: Die deutschen Ambitionen wirken angesichts der Vorhaben der USA und China im Bereich KI überschaubar. Die Grünen brachten kürzlich die Idee einer Deutschland-App ins Spiel, mit der Behördengänge digital erledigt werden könnten. Damit hinkt Deutschland Ländern wie China oder auch einigen arabischen Golfstaaten um Jahre hinterher. Entschieden ist der Wettbewerb aber noch nicht, wie gerade das Beispiel der chinesischen KI DeepSeek gezeigt hat.

ZEIT ONLINE: Wie das?

Al-Ani: Diese Innovation hätte genauso gut von einem Team in Deutschland kommen können, denn es wurde deutlich, dass solche Produkte auch mit deutlich geringeren finanziellen Mitteln realisierbar sind. Selbst strukturelle Nachteile – wie die Notwendigkeit, aufgrund von Boykotten Umgehungslösungen für gesperrte Komponenten zu entwickeln – führten zu beeindruckenden Ergebnissen, da sie eher den Erfindungsgeist anregten. Für Deutschland sehe ich da noch Chancen, denn es gibt noch andere Technologien, in denen die Bundesrepublik weit vorn ist.

ZEIT ONLINE: Welche sind das?

Al-Ani: Im Bereich des Quantencomputings hat Deutschland großes Potenzial. Quantencomputer nutzen die Prinzipien der Quantenmechanik und können

bestimmte Berechnungen viel schneller durchführen als klassische Computer. Hier deutet sich ein Neustart sowohl im Hard- als auch im Softwarebereich an. Bei dieser Technologie ist Deutschland mit seiner starken Forschungslandschaft [<https://www.fraunhofer.de/de/institute/kooperationen/fraunhofer-kompetenznetzwerk-quantencomputing.html>] gut positioniert und hat das Potenzial, diesmal in der internationalen Spitzenklasse mitzuspielen. Darüber hinaus existieren im Bereich der künstlichen Intelligenz alternative, nicht datengetriebene Verfahren, die ebenfalls vielversprechende Ansätze für deutsche Unternehmen bieten.

ZEIT ONLINE: Was heißt das für die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung?

Al-Ani: Auf der politischen Ebene wäre eine transformative Industriepolitik essenziell, die sich auf einige wenige Schlüsselbereiche konzentriert – etwa Quantencomputing, künstliche Intelligenz und Umwelttechnologien. Dabei sollten gezielt Leuchtturmprojekte oder Innovationscluster gefördert werden. Als Vorbild könnte der Inflation Reduction Act (IRA) der USA dienen, der gezielte und vor allem langfristige Transformationsförderung ermöglicht, verbunden mit der Überlegung, eine ähnliche Politik langfristig auszurichten.

ZEIT ONLINE: Eine andere Wirtschaftspolitik verhindert die Klimakrise nicht. Welche Lösungen bräuchte es hier?

Al-Ani: Wir müssten auf räumlicher und struktureller Ebene neue Lebenswelten mit widerstandsfähigen, nachhaltigen und lebenswerten Städten und Regionen schaffen, in denen kreative Gemeinschaften und soziale Nachbarschaften entstehen. Der Klimawandel [<https://www.zeit.de/thema/klimawandel>] wird uns dazu zwingen, über unsere Art zu leben, neu nachzudenken. Wir werden unsere Städte neu organisieren müssen. Die heutigen Smart-City-Konzepte sind ein Ansatz, der weiterentwickelt werden könnte. In der Schweiz gibt es bereits Ansätze [<https://www.neustartschweiz.ch/files/publikationen/Neustart-Schweiz-Nachbarschaften-entwickeln.pdf>], wie anonyme Orte in lebendige, vernetzte Gemeinschaften umgewandelt werden können – Orte, die eine Schlüsselrolle beim ökologischen Umbau der Gesellschaft übernehmen könnten. Auf dieser Ebene bieten sich Chancen, demokratische Konzepte weiterzuentwickeln und ein Gegengewicht zu technokratischen Strukturen und abgeschotteten Sphären zu schaffen.

ZEIT ONLINE: Das klingt nach Utopie.

Al-Ani: Schnell umsetzen könnte die Politik den Bürokratieabbau. Dann macht es den Menschen vielleicht wieder Spaß, neue Entwicklungen und Lösungen voranzutreiben.

